

26.06.2026

Weichenstellungen für den wirtschaftlichen Aufschwung Forderungen des Einzelhandels zur Sitzung des Koalitionsausschusses am 01. Juli 2026

Im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Koalitionsausschusses am 01. Juli müssen bei den anstehenden Beratungen dringend die entscheidenden Weichen gestellt werden, um einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu ermöglichen.

Der Einzelhandel steht unter Druck wie selten zuvor: Seit dem Jahr 2022 hat die Branche mehr als 70.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Besonders dramatisch zeigt sich die schlechte Lage auch im Ladensterben direkt vor Ort, da seit 2015 bundesweit über 70.000 Geschäfte endgültig schließen mussten. Steigende Energie-, Miet-, Logistik- und Personalkosten, zunehmende Bürokratie sowie wachsende regulatorische Anforderungen belasten die Händlerinnen und Händler massiv.

Der Handel erwartet von der Politik mehr Entschlossenheit, mehr Tempo und vor allem spürbare Entlastungen. Die jetzt zur Entscheidung anstehenden Reformen müssen in ihrer Gesamtheit zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Stabilisierung der Sozialsysteme und zu mehr Investitionen der Unternehmen in Deutschland führen.

Der HDE hat die aus Einzelhandelssicht entscheidenden Punkte in einem Dreiklang zusammengefasst, die in den Verhandlungen des Koalitionsausschusses dringend zu berücksichtigen sind:

1. Bürokratieabbau, Belastungen reduzieren, Handlungsspielräume eröffnen, Wettbewerbsverzerrungen abstellen

- **Auskunfts- und Berichtspflichten abschaffen:** Es braucht einen klaren und konsequenten Schritt zur Abschaffung vieler Auskunfts- und Berichtspflichten sowie von Dokumentationspflichten, um wieder Spielräume für unternehmerisches Handeln zu eröffnen.
- **Bürokratie abbauen:** Nur mit einem konsequenten weiteren Bürokratieabbau können die Handlungsspielräume für unsere Unternehmen gesichert werden. Insbesondere müssen auf der europäischen Ebene der Rückbau und die Vereinfachung der regulatorischen Belastungen weiter umgesetzt werden.
- **EU-Entgelttransparenzrichtlinie grundlegend überdenken:** Die Umsetzung dieser beispiellos bürokratischen Richtlinie muss gestoppt oder grundlegend überarbeitet werden. Sie würde durch massenhaft neue Prüf- und Berichtspflichten zu einem wohl historischen Bürokratieaufwuchs für Unternehmen führen und die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie unter Druck setzen.
- **Wettbewerbsverzerrungen beseitigen:** Die unfaire Konkurrenz durch Drittstaatenanbieter wie Temu und Shein stellen eine neue Dimension der Bedrohung für unseren Standort dar. Systematisch werden europäische Sicherheitsstandards, Produktschutzvorgaben und steuerliche Pflichten massenhaft ignoriert. Dieser unfaire Wettbewerb zieht jährlich über 2,4 Milliarden Euro Wertschöpfung aus der deutschen Wirtschaft ab – mehr als die Hälfte davon im Einzelhandel. Dem Staat entgehen Steuereinnahmen von über 400 Millionen Euro. Weit über 40.000 Jobs sind in

Deutschland akut gefährdet, der Großteil davon im Handel. Wir fordern Berlin und Brüssel auf, ein echtes Level Playing Field, faire und gleiche Regeln für alle Marktteilnehmer zu schaffen und notfalls Plattformen, die sich nicht an geltendes Recht halten, abzustellen.

2. Steuern und Energie: Kaufkraft stärken, Kosten senken

- **Einkommens- und Unternehmenssteuer:** Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte muss zwingend über Einsparungen und Subventionsabbau erfolgen. Eine direkte steuerliche Mehrbelastung der Erträge und Vermögen von Einzelhandelsunternehmen – wie etwa durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer oder die Abschaffung der Verschonungsregelung für Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer – lehnt der HDE strikt ab. Die Einkommensteuer muss so reformiert werden, dass sie zu einer echten Erhöhung der Kaufkraft in der breiten Mitte führt; kleine Entlastungsschritte reichen hierfür nicht aus. Um insbesondere mittelständische Personenunternehmen vor den Auswirkungen der Steuerlast zu schützen, fordert der HDE zudem eine umfassende Reform der Thesaurierungsbegünstigung für einbehaltene Gewinne mit einem zwingenden Übergang zum Teileinkünfteverfahren.
- **Deutliche Absage an eine Mehrwertsteuererhöhung:** Die zuletzt diskutierte Anhebung der Mehrwertsteuer von 19 auf 21 Prozent zur Gegenfinanzierung möglicher Einkommensteuersenkungen wird vom HDE strikt abgelehnt. Der private Konsum befindet sich bereits in einer Schockstarre und der Einzelhandel hat nach sechs Jahren ohne reales Wachstum keine Puffer mehr. Das warnende Beispiel der Steuererhöhung von 2007 zeigt, dass der Branche im Fall einer weiteren Erhöhung jahrelange reale Umsatzrückgänge und in der Folge ein beschleunigtes Ladensterben drohen. Zudem wirkt die Maßnahme in einem ohnehin von Energiepreissrisiken geprägten Umfeld als massiver Inflationstreiber: Eine Erhöhung um zwei Prozentpunkte würde die Verbraucherpreise um einen vollen Prozentpunkt in die Höhe treiben, mögliche Zinsreaktionen der EZB provozieren und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erheblich dämpfen. Diese desaströsen Pläne wirken als direkter Konsumkiller und müssen unverzüglich und endgültig vom Tisch genommen werden.
- **Energiekosten dauerhaft senken:** Statt temporärer Entlastungen und Subventionen für einzelne Wirtschaftszweige braucht es dauerhafte Entlastungen für alle. Um den Standort zu sichern, muss die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sinken und der Bundeszuschuss für die Netzentgelte verstetigt werden.

3. Arbeitsmarkt und Sozialsysteme: Lohnnebenkosten deckeln, Flexibilität schaffen

Die Einzelhandelsbranche beschäftigt in Deutschland mehr als 3,1 Millionen Menschen, davon 820.000 Minijobber. Um die Beschäftigungssituation stabil zu halten, muss das Sozialversicherungssystem dringend und nachhaltig reformiert werden. Die steigenden Beitragssätze belasten Wirtschaft und Arbeitnehmer gleichermaßen und müssten dringend schnellstmöglich wieder auf 40 Prozent zurückgeführt und auf dieser Obergrenze gedeckelt werden – anderenfalls wird der Wirtschaftsstandort Deutschland aufgrund schwindender Wettbewerbsfähigkeit akut gefährdet. Für

eine gezielte Straffung und Modernisierung der Rahmenbedingungen fordert der HDE folgende Beschlüsse:

- **Minijobs erhalten:** Die am 23. Juni 2026 vorgestellten Empfehlungen der Alterssicherungskommission sehen u.a. vor, Minijobs ohne Opt-out-Möglichkeit in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen und ihren Sonderstatus abzuschaffen (Ausnahme: Schüler). Die Bundesregierung plant, dieses Vorhaben umzusetzen. Der HDE lehnt diese de facto Abschaffung der Minijobs mit Blick auf deren große operative Bedeutung für die Branche entschieden ab. In jedem Fall müssten – neben den Schülern – auch die Studenten und die Rentner ausgenommen bleiben. Minijobs sind in der Praxis essentiell, um etwa einzelhandelstypische Stoßzeiten und lange Öffnungszeiten verlässlich zu bedienen und die flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Eine Abschaffung der Minijobs führt vor allem auch zu massiven Netto-Einbußen bei diesen Beschäftigten und bedeutet für die Arbeitgeber einen unverhältnismäßigen Anstieg der Bürokratiekosten sowie den drohenden Verlust dringend benötigter flexibler Arbeitskräfte:

Sozialabgaben mit/ohne Minijobregelung (Beispielrechnungen, NRW*)



Mit Minijobregelung:

Beispiel 1: 603 Euro Entgelt brutto im Monat, (Steuerklassen: 1 oder 4, mit RV-Befreiung)
Nettoentgelt Arbeitnehmer = 603 Euro im Monat / Arbeitgeberbelastung = 783,90 Euro im Monat

Beispiel 2 („Nebenjob“): 603 Euro Entgelt brutto im Monat, (Steuerklassen: 6, mit RV-Befreiung)
Nettoentgelt = 603 Euro im Monat / Arbeitgeberbelastung = 783,90 Euro im Monat

NEU: Ohne Minijobregelung:

Beispiel 1: 603 Euro Entgelt brutto im Monat, (Steuerklassen: 1 oder 4)
Nettoentgelt Arbeitnehmer (neu) = jeweils 470,67 Euro im Monat (MA: -132,33 Euro im Monat)
Bei 13,90 € brutto pro Stunde müsste MA für 603 Euro netto im Monat 56 Std. (anstatt bisher 43 Std. im Minijob) arbeiten
Arbeitgeberbelastung (neu) = jeweils 731,71 Euro im Monat (AG: + 52,19 Euro im Monat)

Beispiel 2 („Nebenjob“): 603 Euro Entgelt brutto im Monat, (Steuerklassen: 6)
Nettoentgelt (neu) = 403,51 Euro im Monat (MA: - 199,49 Euro im Monat)
Bei 13,90 € brutto pro Stunde müsste MA für 603 Euro netto im Monat 65 Std. (anstatt bisher 43 Std. im Minijob) arbeiten
Arbeitgeberbelastung (neu) = 731,71 Euro im Monat (AG: + 52,19 Euro im Monat)

* Beispielrechnung stark vereinfacht dargestellt: Werte können auf Grund individueller Merkmale variieren: Alter, Kinder, Bundesland etc.
Quelle: <https://www.aok.de/fk/tools/rechner/gehaltsrechner/>

- **Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung) konsistent reformieren:** Der HDE unterstützt zwingend notwendige Strukturreformen zur nachhaltigen Stabilisierung aller Sozialversicherungszweige, fordert jedoch strikte Konsistenz und den Verzicht auf weitere Belastungen. Die drohenden milliardenschweren Ausgaben in der Rentenversicherung machen die Abschaffung von Frühverrentungsanreizen („Rente mit 63“) und eine Anpassung der Regelaltersgrenze an die steigende Lebenserwartung unumgänglich. In der Kranken- und Pflegeversicherung lehnt der HDE geplante, außerordentliche Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenze strikt ab. Vielmehr muss der Staat künftig für kostendeckende Beiträge zur Krankenversicherung für Bürgergeldbezieher aufkommen. Zudem dürfen die bei einer Abschaffung der Minijobs geplanten Mehreinnahmen aus den pauschalen Arbeitgeberabgaben (3,1 Mrd. Euro) keinesfalls durch zusätzliche Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen kompensiert werden.

- **Mehr Flexibilität durch Wochenarbeitszeit:** Der HDE fordert den Wechsel von der täglichen Höchstarbeitszeit, die der digitalisierten Arbeitswelt nicht mehr gerecht wird, zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit direkt im Arbeitszeitgesetz. Dies fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schafft mehr Flexibilität im Alltag, ohne dass sich die Gesamtwochenarbeitszeit erhöht. Im Falle einer de facto Abschaffung der Minijobs (s.o.) wäre diese zusätzliche Flexibilität noch umso wichtiger, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Gesamtpersonalkonzepte in der Branche anzupassen. Die Vertrauensarbeitszeit muss jedoch zwingend erhalten bleiben. Eine hochbürokratische und mittelstandsfeindliche elektronische Arbeitszeiterfassungspflicht ist in jeder Form strikt abzulehnen.
- **Verlässliche ganztägige Kinderbetreuung:** Gefordert wird mit Blick auf die branchenüblichen Öffnungszeiten im Dienstleistungssektor eine bundesweit verlässliche Kita- und Ganztagserschulbetreuung als Option an allen Werktagen nach 17 Uhr, also auch samstags. Dies würde die Erwerbsbeteiligung von Frauen effektiv fördern.
- **Telefonische Krankschreibung abschaffen:** Im Jahr 2024 kostete der hohe Krankenstand die Arbeitgeber 82 Milliarden Euro. Die telefonische Krankschreibung erleichtert eine Krankmeldung in zu hohem Maße und bietet damit Raum für Missbrauch. Seit ihrer Einführung sind die Krankschreibungen statistisch stark gestiegen.

Worauf es jetzt ankommt

Je länger notwendige Entscheidungen hinausgezögert werden, desto größer werden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen sein.

Die Stimmung im Einzelhandel und die Konsumsituation bei den Bürgerinnen und Bürgern wird sich erst nachhaltig verbessern, wenn konkrete Veränderungen tatsächlich in den Betrieben und in den privaten Haushalten ankommen. Nur dann können Investitionen, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit gesichert, der private Konsum gestärkt und eine lebendige Handelslandschaft langfristig erhalten bleiben.

Der Koalitionsausschuss muss am 01. Juli die richtigen und mutigen Entscheidungen im Sinne der gesamten deutschen Wirtschaft treffen.